

Christian Wipperfürth

PUTINS RUSSLAND – EIN VERTRAUENSWÜRDIGER PARTNER?

**Grundlagen, Hintergründe und Praxis
gegenwärtiger russischer Außenpolitik**

mit einem Vorwort von Heinz Timmermann

Christian Wipperfürth

PUTINS RUSSLAND – EIN VERTRAUENSWÜRDIGER PARTNER?

**Grundlagen, Hintergründe und Praxis
gegenwärtiger russischer Außenpolitik**

ibidem-Verlag
Stuttgart

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

∞

ISBN: 978-3-8382-5401-2

© *ibidem*-Verlag
Stuttgart 2004
Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Abkürzungsverzeichnis

bspw.	beispielsweise
DW	Deutsche Welle
ebd.	ebenda
Ed.	Editor, Herausgeber
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
Hg.	Herausgeber
KAS-AI	Konrad Adenauer Stiftung Auslandsinformationen
LDPR	Liberal'no-demokratičeskaja partija Rossii, Liberal-Demokratische Partei Russlands, nationalistisch-populistisch
Mrd.	Milliarden
NAFTA	North American Free Trade Association, Nordamerikanische Freihandelszone
NATO	North Atlantic Treaty Organization, Nordatlantische Vertragsorganisation
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
p.	page, Seite
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (der EU und Russlands)
S.	Seite, oder siehe
SPS	Sojuz pavyh sil, Union der rechten Kräfte, rechtsliberale Partei in Russland
SOZ	Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit
u.a.	unter anderem
UNO	United Nations Organization, Vereinte Nationen
WTO	World Trade Organization, Welthandelsorganisation
z.B.	zum Beispiel

Anmerkung

Russische und andere Eigennamen sind im *Text* transkribiert, mit wenigen Ausnahmen, bei denen neben der Transkription auch wissenschaftlich transliteriert sowie die kyrillische Schreibweise angegeben wird, um Verwechslungen auszuschließen.

In den *Fußnoten* wird die in der Quelle genannte Schreibweise bei Eigennamen übernommen, russischsprachige Quellen werden transliteriert.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	5
Anmerkung	6
Inhaltsverzeichnis	7
Vorwort	9
Einleitung	13
I. Orientierungssuche einer unsicheren Nation: Paradigmenwechsel im Inneren Russlands	17
II. Innenpolitische Entwicklungen im Russland unter Präsident Putin	25
II.1 Thesen über Charakteristika und Entwicklungen der innenpolitischen Situation Russlands unter Jelzin	26
II.2 Herausforderungen russischer Innenpolitik	27
II.3 Antworten des Kreml auf die Herausforderungen	30
<i>Der Kampf gegen die Vorherrschaft der Oligarchen</i>	31
<i>Beispiele für das Anwachsen von Rechtsstaatlichkeit und eine erhöhte Effektivität des Staates</i>	36
II.4 Resümee	39
<i>Die ersten fünf Amtsjahre Putins</i>	39
<i>Aussichten</i>	42
<i>Zusammenfassung</i>	48
III. Werte, Unsicherheiten und der Paradigmen-wechsel russischer Außenpolitik seit dem Amtsantritt Präsident Putins	51
III.1 Werte	51
III.2 Ängste	54
III.3 Paradigmenwechsel russischer Außenpolitik unter Putin	59
IV. Die wirtschaftliche Entwicklung	65
V. Russland und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	71
V.1 Die russische GUS-Politik zur Zeit Präsident Jelzins	72
V.2 Grundzüge der GUS-Politik unter Putin	74
V.3 Der wirtschaftliche Faktor	76
V.4 Russland, der Westen und die GUS	80
V.5 Georgien	83
V.6 Selbstfindungsprozesse in GUS-Ländern	97
VI. Russland und die Vereinigten Staaten von Amerika	101
VII. Russland und die Europäische Union	115

VIII. Russland und Deutschland	121
IX. Ausblick auf die künftige russische Außenpolitik	127
IX.1 Der Westen	128
IX.2 Asien	131
IX.3 Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	133
X. Missstimmungen und Missverständnisse zwischen Deutschland/ dem Westen und Russland und Ansätze zu ihrer Lösung	145
X.1 Selbst- und Fremdwahrnehmung (1)	145
X.2 Zweierlei Maß?	146
X.3 Selbst- und Fremdwahrnehmung (2)	151
X.4 Unterschiedliche Interessen	155
<i>Energieversorgung</i>	156
<i>Neue Nachbarn</i>	157
XI. Plädoyer für einen Abschied von Illusionen und eine verstärkte Zusammenarbeit	159
Literaturverzeichnis und Quellen im Internet	166
Anhang: Artikel und Dokumente	168
1. <i>Die Krise des Liberalismus in Rußland.</i> <i>Von Michail Chodorkowskij</i>	168
2. <i>Warum hegen Liberale eine derartige Abneigung gegen Putin? Wer findet diese Art von Demokratie passend?</i> <i>Von Wjatscheslaw Kostikow</i>	180
3. <i>Was ist Putinismus?</i> <i>Von Andranik Migranjan</i>	184
4. <i>Russland & Europa: Nicht gemeinsam, aber Seite an Seite.</i> <i>Von Fjodor Lukjanow</i>	200
5. <i>Geht und macht Platz.</i> <i>Die Opposition in Russland hat ihre Mission erfüllt.</i> <i>Von Dmitrij Furman</i>	203
6. <i>Auszüge der Ansprache des Präsidenten Russlands</i> <i>W.W. Putin an die Föderalversammlung der Russischen Föderation.</i>	207
7. <i>Auszug aus dem Artikel „Gemäß Kriegsgesetzen“.</i> <i>Von Michail Leontjew</i>	209
8. <i>Im nationalen Interesse.</i> <i>Von Ira Straus</i>	211
Nachwort: Zur Lage in der Ukraine	217

Vorwort

Am Anfang, bei Amtsantritt des neuen Präsidenten im Jahre 2000, lautete im Westen die Frage: „Wer ist Putin?“ Nur wenige kannten damals die Person des Jelzin-Nachfolgers, geschweige denn dessen Programm. Dies hat sich im Laufe seiner ersten Amtsperiode geändert. Heute wissen wir: Das zentrale Ziel Putins besteht darin, Rußland politisch zu stabilisieren und ökonomisch zu modernisieren, um das Land als eigenständige, mit entsprechenden Ressourcen versehene und von westlichen Vorgaben unabhängige Großmacht auf die internationale Bühne zurückzuführen. Heute bildet daher nicht länger das *Programm* Putins ein Feld von Ungewißheiten und unterschiedlichen Interpretationen. Vielmehr lautet die Frage jetzt: Sind die Methoden und Instrumente Putins geeignet, Rußland den Weg in die Moderne zu bahnen? Zielt seine Politik auf einen in den spezifischen kulturhistorischen und ethischen Traditionen des Landes wurzelnden autoritären *Sonderweg*, der sich in seinen Grundwerten und demokratischen Prinzipien von gewachsenen europäischen Werten abgrenzt? Oder erfordern Stabilisierung und Modernisierung Rußlands im Innern einen durch vorübergehende Einschränkung europäischer Prinzipien gekennzeichneten *Umweg*, damit diese nach vollzogener Konsolidierung um so erfolgreicher zum Durchbruch gelangen und Rußland als integralen Bestandteil der politischen Kultur Europas ausweisen?

Diese Grundfrage, die nicht zuletzt auch die Diskussionen über die anvisierte Vertiefung der Partnerschaft Rußlands mit der EU bestimmt, kann heute nicht eindeutig beantwortet werden. Auf der einen Seite wird auch im Westen nur selten bestritten: Nach dem von Jelzin betriebenen – und zur Zerschlagung der dominierenden KP-Machtsäulen gewiß notwendigen – totalen Systembruch, der sämtliche Aspekte der Gesellschaft gleichzeitig betraf und den Aufbau zuverlässiger neuer Strukturen vernachlässigte, war die Sicherung von Stabilität, Ordnung und Berechenbarkeit unabweisbar. Das galt im übrigen auch für die Außenbeziehungen Rußlands, in denen oft die emotionalen, von entsprechenden Ressourcen nicht gedeckten Vorstöße Jelzins im „nahen“ und „fernen“ Ausland Moskau eher in die Defensive drängten und das Land global sogar zu isolieren drohten. Unter großen Teilen der Bevölkerung wurde Demokratie mit politischer Instabilität gleichgesetzt, Marktwirt-

schaft mit Raubkapitalismus und krimineller Aneignung der wirtschaftlichen Reichtümer des Landes. Wie die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2003 bzw. vom März 2004 demonstrieren, stimmt die große Mehrheit der Bevölkerung der Politik Putins zur Durchsetzung von stabilitätsorientierter Modernisierung im Innern und zur Wiederherstellung der Rolle Rußlands als globaler Akteur zu.

Auf der anderen Seite weckt der schleichende Übergang von der fragilen Demokratie der Jelzin-Ära hin zu einem staatsmachtfixierten Autoritarismus im Zeichen der präsidentialen Machtvertikale unter Putin jedoch Bedenken. Zwar sind die Institutionen der Demokratie formal weiter vorhanden, doch werden sie zunehmend ihres Inhalts beraubt und zu Instrumenten der Lenkung von Politik und Gesellschaft sowie deren lückenloser Kontrolle transformiert. Mit dem Zurückdrängen von politischer Streitkultur, Gewaltenteilung und Machtpluralismus schwinden wichtige Antriebskräfte der Modernisierung, steigen die Gefahren von Stagnation und Fehlentwicklung. Der Staat wird zur zentralen Modernisierungsagentur, zunehmend dominiert von Sicherheitsorganen und bürokratischen Apparaten mit ihren eigenen spezifischen Interessen.

Natürlich können der Westen und hier insbesondere die geographisch nahe EU mit Deutschland als ihrem integralen Bestandteil nicht beiseite stehen und warten, bis sich der Charakter der inneren Transformationsprozesse Rußlands mit seinen Auswirkungen auf die Außenbeziehungen des Landes geklärt hat. Dies gilt um so mehr, als sich die Außenpolitik Putins – in ihrer Funktion als verlässlicher externer Rahmen für die Modernisierung des Landes – als pragmatisch, berechenbar, an nationalen Interessen orientiert und als nach außen koalitionswillig erwiesen hat. Ohne Rußland als Mitglied des UN-Sicherheitsrats lassen sich viele Konflikte in Europa und seinem Umfeld kaum regeln. Das gilt auch für so zentrale Probleme wie die Terrorismusbekämpfung, die Fortsetzung von Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Eindämmung von organisierter Kriminalität sowie den Umwelt- und Klimaschutz. In diesem Kontext muß das Nutzenpotential des Landes freigesetzt und sein Schadenspotential eingegrenzt werden. Zu Recht charakterisierte Javier Solana die Entwicklung der Partnerschaft EU-Rußland als „die wichtigste, drängendste und herausforderndste Aufgabe zu Beginn des 21. Jahrhunderts“. Doch wie sollten die EU und der Westen insgesamt mit den autoritären Tendenzen

im „System Putin“ und seinen selbstbewußten Ansätzen im postsowjetischen Raum umgehen?

Zu Recht trifft hier der Autor einen wichtigen Punkt: die Notwendigkeit nämlich, wechselseitige Selbst- und Fremdwahrnehmungen zu korrigieren, da Fehlperzeptionen die jeweilige konkrete Politik ganz erheblich beeinflussen können. Darüber hinaus sollten die der Partnerschaft zugrunde liegenden gemeinsamen Werte und Prinzipien nicht völlig in den Hintergrund gerückt werden, etwa im Hinblick auf demokratische Staatsstrukturen, auf funktionierende Rechtssysteme, auf bürgerliche Freiheiten einschließlich zivilgesellschaftlicher Artikulationschancen. In diesen Kontext gehört auch die notwendige Kritik an dem brutalen, undifferenzierten und kaum kontrollierten Vorgehen russischer Sicherheitsorgane in Tschetschenien, ist es doch eher geeignet, den Konflikt anzuheizen und auf den gesamten Nordkaukasus auszuweiten, Fundamentalisten aus dem islamischen Raum anzulocken und die Staatsgewalt in Rußland selbst zu Lasten verbliebener persönlicher Rechte und Freiheiten weiter zu stärken.

Die Divergenzen über die der Partnerschaft zugrunde liegenden Werte sollten jedoch die Zusammenarbeit auf konkreten Feldern gemeinsamen Interesses nicht blockieren. Das gilt zum einen für die Ausfüllung der vom Autor beschriebenen vier Gemeinsamen Europäischen Räume. Hier könnte der russische Partner darauf verwiesen werden: Modernisierung und Öffnung zu den Weltmärkten setzen ein Mindestmaß an Kontrolle, Transparenz und Rechtssicherheit als wichtige Attribute der Demokratie voraus. Zum andern sollten beide Seiten danach streben, ihre Partnerschaft zu nutzen, um ihre Beziehungen zu den um Identität, Selbstbehauptung und internationale Ausrichtung ringenden „Neuen Nachbarn“ Ukraine, Belarus und Moldau zu einem Feld konstruktiver gesamteuropäischer Entwicklung zu machen. Käme es in dieser sensiblen geopolitischen Zwischenzone zu einem harten Nullsummenspiel zwischen Rußland und der EU, das ohne Zustimmung der Völker über die Zuordnung ihrer Länder in freien und fairen Wahlen verlief, so könnten die EU-Rußland-Beziehungen selbst beschädigt werden.

So ist die Zukunft der Beziehungen zu Rußland durchaus offen und hängt ganz wesentlich von den inneren Entwicklungen des Landes ab. In dem Maße, wie sich Rußland auf der Grundlage eigener Entwicklungen an Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit orientiert und sich damit die

Lücke zwischen normativen Anforderungen und funktionaler Kooperation verringert, wird seine perspektivische, auch institutionelle *Einbindung* in die europäischen Integrationsprozesse im Zeichen einer privilegierten Partnerschaft anvisiert werden können, sofern dies von Moskau gewünscht wird. Die prinzipiell positive Einstellung der russischen Bevölkerungsmehrheit zu Demokratie und persönlichen Freiheiten, die mit fortschreitender Internationalisierung der russischen Wirtschaft verbundenen Modernisierungsschübe bis hinein in den politischen Bereich, schließlich auch die Partnerschaften von Regionen, Städten, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren insbesondere in Europa könnten hier eine positive Wirkung entfalten.

Sollten sich in Moskau dagegen die wachsenden autoritären Tendenzen als dauerhafter *Sonderweg* und nicht als notwendiges *temporäres Durchgangsstadium* zu stabilen Verhältnissen als Voraussetzung für strukturelle Modernisierung erweisen, so würden sich die EU-Rußland-Beziehungen auf die *Einbeziehung* Rußlands in die gesamteuropäischen Kooperationsprozesse beschränken. In diesem Falle würde die Partnerschaft den Schwerpunkt auf vielseitige funktionale Zusammenarbeit mit einem Europa setzen, das ihm gegenüber als konstruktiver Partner, notfalls aber auch als nachhaltiger Widerpart auftritt.

Heinz Timmermann

Einleitung

Die öffentliche Meinung in Deutschland und in der gesamten westlichen Welt zeigt Ende 2004 ein deutlich kritischeres Russlandbild als noch eineinhalb Jahre zuvor. Die Stimmung hat sich merklich verschlechtert, die Rhetorik verschärft. Dies gilt umgekehrt auch für die Einschätzung der Motive und des Vorgehens deutscher und westlicher Politik in Russland. Ursache sind der mehr oder minder wohlwollende Paternalismus und echte Sorge auf der einen sowie Trotz und Misstrauen auf der anderen Seite. Die offizielle Politik ist auch zum Jahresende 2004 noch vom Willen zur Kooperation geprägt und der Bereitschaft, dem jeweils anderen Partner grundsätzlich Vertrauen entgegen zu bringen. Beides gerät jedoch – sowohl in Russland als auch in Deutschland – zunehmend in die Kritik, sodass eine länger andauernde Abkühlung der Beziehungen möglich scheint. Neben partieller Kooperation könnten Akte der Distanz, Unfreundlichkeit und Konkurrenz an Bedeutung gewinnen. Daran können weder die Menschen, noch die Staaten in Ost und West ein Interesse haben.

Weder „objektive“ Entwicklungen der russischen Innen- oder Außenpolitik, noch „objektive“ Interessenunterschiede zwischen Ost und West bieten eine hinreichende Erklärung für die Stimmungsverschlechterung. Es ist vielmehr die Perzeption der eigenen wie der anderen Seite, also die „subjektive“ Wahrnehmung, die „objektiv“ vorhandene Probleme und Interessenunterschiede wesentlich gravierender erscheinen lässt, als sie es tatsächlich sind. Es besteht die Gefahr, dass sich *nicht* die Perzeption der Realität annähert, sondern jene die Wirklichkeit so weit beeinflusst, dass sich die Protagonisten des Misstrauens und der Abneigung immer wieder und verstärkt bestätigt fühlen.

Ende September 2004 veröffentlichten 115 namhafte europäische und nordamerikanische Politiker und Wissenschaftler einen Brief an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Europäischen Union und der NATO. In diesem hieß es unter anderem:

„Die Außenpolitik Präsident Putins ist mehr und mehr von einer drohenden Haltung gegenüber Russlands Nachbarn und gegenüber der Energiesicherheit Europas gekennzeichnet, von einer Rückkehr zu einer militaristischen und imperialen

Rhetorik und von der Weigerung, die internationalen vertraglichen Verpflichtungen Russlands einzuhalten.“¹

Diese Deutung hält einer eingehenderen Analyse der russischen Außenpolitik nicht stand.

Was kann die Leserin und der Leser erwarten? – Es handelt sich um ein Buch mit wissenschaftlichem Anspruch. Und es ist zugleich eines, in dem der Autor deutlicher Stellung bezieht, als es in Monographien üblich ist, um nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch eine politische Diskussion anzuregen. Das Buch bietet komprimierte Informationen über die Grundlagen, Hintergründe und zentralen Handlungsfelder der russischen Außenpolitik von 2002 bis in den Dezember 2004 hinein. (Auf die Politik der vorhergehenden Jahre wird nur mitunter Bezug genommen, um Vergleiche anzustellen und längerfristig wirkende Motive russischer Politik herauszuarbeiten.) Dabei wird kein Anspruch erhoben, die auswärtigen Beziehungen dieses Zeitraums in allen ihren Facetten darzustellen. Es geht vielmehr darum, die grundlegenden Motive russischer Politik zu eruieren. Dies dient der Beantwortung der zentralen Fragen: Ist Russland ein vertrauenswürdiger Partner bzw. kann das Land dies überhaupt sein? Wie groß ist das Ausmaß der „objektiven“ bzw. „subjektiven“ Interessenunterschiede und auf welche Weise könnte das deutsch-russische Verhältnis verbessert werden?

Von welchem Ansatz geht der Autor aus? – Die gesellschaftlichen und innenpolitischen Verhältnisse und Entwicklungen sowie die Außenpolitik stehen in einem starken, wenn auch indirekten Wirkungszusammenhang. Die sozio-kulturellen Faktoren schaffen einen *Rahmen* innerhalb dessen die Politik handeln kann. Auch die Außenpolitik eines Landes agiert nicht im „luftleeren Raum“, denn sie wird von Menschen gemacht, die auch von herrschenden Urteilen oder Vorurteilen und der „Stimmung“ in ihrem Umfeld beeinflusst werden. Dies sind die Rahmenbedingungen, innerhalb dessen sich die Eigen- und Fremdwahrnehmung, und somit auch die Außenpolitik eines jeden Staates, bewegt. Die Darstellung und Deutung von Werten sowie Haltungen

¹ An Open Letter to the Heads of State and Government of the European Union and NATO (28.9.04). Auf Deutsch in: Russlandanalysen Nr. 39/04. Hg.: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und DGO, Internet: www.russlandanalysen.de (künftig: Russlandanalysen); auf Englisch: www.cdi.org/russia/johnson/83_85-24.cfm (zuletzt geöffnet am 13.11.2004).

der russischen Bevölkerung und seiner Eliten steht dementsprechend am Beginn der Studie, sie wird auch in ihrem weiteren Verlauf eine wichtige Rolle spielen.

Neben der Beschreibung von Mentalitäten der Bevölkerung widme ich mich – großenteils thesenartig komprimiert, Strukturen und Entwicklungen in der Innenpolitik der vergangenen Jahre. Ihrer Erörterung wird ein breiterer Raum gewährt als es erforderlich wäre, um den „Rahmen“ russischer Außenpolitik zu verdeutlichen. Denn zum einen wirft die deutsche und westliche Kritik an der innenpolitischen Entwicklung Russlands – ebenso wie die damit verbundene Verhärtung der russischen Position – einen zunehmenden Schatten auf die Aussichten künftiger Zusammenarbeit. Zum anderen werden meines Erachtens unzulässige Schlüsse von der Innen- auf die Außenpolitik gezogen: Die Verhältnisse im Inneren Russlands sind nach der Ansicht westlicher Beobachter in den vergangenen Jahren autoritärer geworden. Diese Ansicht teilt auch der Autor dieser Studie, wenn auch mit gewissen Einschränkungen. Die Analyse der inneren Entwicklung des Landes scheint viele Russlandexperten aber außerdem zu der Vermutung zu verleiten, dass auch bei der russischen *Außenpolitik* ein größeres Ausmaß an kritikwürdigen Entwicklungen zu erwarten sei. Und wer sucht, der findet. Hintergrund ist die verbreitete Auffassung, dass demokratischere Staaten ganz grundsätzlich oder zumindest relativ eine friedfertige Außenpolitik betrieben als autoritärere Regime. Diese Deutung traf und trifft für bestimmte Zeiten und Umstände zu, für andere müssen wir jedoch eher das Gegenteil konstatieren. Über so einfache Leisten lassen sich Geschichte und Politik nicht schlagen.²

Nach dem Thema der innenpolitischen Entwicklungen folgt auf knappem Raum eine Erörterung der Situation und Aussichten der Wirtschaft.

Dem Themenbereich „Russland und der GUS-Raum“ wird ein weiterer Platz eingeräumt. Er ist zum einen exemplarisch für den Wandel und Charakter russischer Außenpolitik, zum anderen ruft die Politik Moskaus in seinem „nahen Ausland“ in Deutschland besonders zahlreiche Sorgen und Vorwürfe hervor. So wurde von deutschen Medien die Vermutung geäußert, dass beispielsweise russischer Druck auf die Ukraine wachsen könnte und es wird

² Zum Thema s. Christian Wipperfürth: Frieden durch Demokratie?, in: www.hirzel.de/universitas/wipperfuerth.pdf (zuletzt geöffnet am 30.11.04).

gar die Frage gestellt, ob es die neue Ideologie der Kremlführung sei, die „untergegangene UdSSR – soweit dies möglich ist“ zu restaurieren.³

Folglich beschränke ich mich in den Kapiteln über das russisch-amerikanische Verhältnis und die Beziehungen zur Europäischen Union und zu Deutschland auf die Darstellung und Deutung einiger grundlegender Fragen und Entwicklungen.

Danach folgt der Versuch eines Ausblicks auf die künftige russische Außenpolitik.

Zum Schluss der Studie werden deutsch/europäisch-russische Verständigungsprobleme bzw. Vorwürfe und ihre Auswirkungen herausgearbeitet. Dort, wie auch an anderen Stellen, finden sich Vorschläge zur Entwicklung der wechselseitigen Beziehungen. Ein Plädoyer für Realismus sowie für eine verstärkte Zusammenarbeit schließt das Buch ab. Eine kurze Bibliographie und ein Verzeichnis von Internetquellen sollen helfen, weitergehenden Informationsbedarf zu stillen.

Im Anhang sind einige ins Deutsche übersetzte Originalquellen angefügt, die die aktuelle russische Diskussion zu innen- und außenpolitischen Themen verdeutlichen. Aufgrund der aktuellen Ereignisse in der Ukraine wurde ein Nachwort angefügt.

³ Rolf Wachsmuth/ Igor Plaschkin: Die Ukraine: Ziel russischer Begehrlichkeit? www.kas.de/publikationen/2003/3597_dokument.html (zuletzt geöffnet am 15.11.04); Miodrag Soric: Back to the USSR? - Wladimir Putins Rückfälle in sowjetische Zeiten, in: DW-RADIO (künftig: DW), 16.2.04, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1116272,00.html> (zuletzt geöffnet am 15.11.04).

Alexander Rahr schreibt: „Wenn feststeht, dass Russland mit seinem neuen Militärpotenzial keine Wiederherstellung der Sowjetunion verfolgt, kann eine sicherheitspolitische Partnerschaft <nach dem Wirtschaftsbereich> als zweiter Integrationsschritt folgen“/ Der kalte Frieden, in: Internationale Politik Nr. 03/2004, S. 9 (künftig: IP); s. auch ebd., S. 6.